

Analyse zum Finanzrahmen der EU für die Jahre 2007 bis 2013

Der gescheiterte EU-Gipfel im Juni 2005 hat gezeigt, wie schwierig sich die laufenden Verhandlungen über den neuen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2007 bis 2013 gestalten. Interessengegensätze zwischen Nettozahlern und -empfängern, aber auch viele Sonderfragen (Britten-Rabatt, zukünftige Rolle der Landwirtschaft) machen eine Einigung unter Einstimmigkeit zu einem schwierigen Unterfangen. In einer aktuellen Studie, die das ZEW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat, wurden vor diesem Hintergrund die mit dem neuen Finanzrahmen zu erwartenden finanziellen Be- und Entlastungen aller künftigen 27 EU-Mitglieder quantifiziert.

Deutsche Brutto-Beitragszahlungen an die EU als Konsequenz des Kommissionsentwurfs (in Millionen Euro)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Durchsch. 2007-2013
Traditionelle Eigenmittel	2.500	2.545	2.590	2.637	2.685	2.733	2.782	2.639
MWSt-Eigenmittel	3.118	2.435	2.344	2.679	2.821	2.826	2.780	2.715
BNE-Eigenmittel	20.274	23.334	21.387	20.482	21.474	22.521	23.338	21.830
UK-Rabatt	332	474	508	466	458	476	503	460
Summe Preise 2004	26.223	28.788	26.830	26.264	27.438	28.555	29.404	27.643
Summe jew. Preise	27.828	31.161	29.622	29.577	31.518	33.457	35.140	31.186

Quelle: ZEW-Berechnungen

Grundlage der Berechnungen ist eine am ZEW erarbeitete detaillierte Modellierung der Einnahmen- und Ausgaben-seite des Finanzsystems der Europäischen Union (EU). Das ZEW hat den Vorschlag untersucht, mit dem die Europäische Kommission im Februar 2004 die Finanzverhandlungen eröffnet hatte. Dieser Vorschlag entsprach einem Haushaltsvolumen in Höhe von 1,24 Prozent. Insgesamt wäre damit über den Zeitraum 2007 bis 2013 ein Haushaltsvolumen von gut einer Billionen Euro zu finanzieren gewesen (zu Preisen von 2004, der nominale Betrag liegt deutlich höher).

Wie nach der Erweiterung und der damit verbundenen Umlenkung von Mitteln in die neuen Mitgliedstaaten nicht anders zu erwarten, verschlechtert sich mit dem Kommissionsvorschlag die Nettopositionen der EU-15-Staaten mit Ausnahme Belgiens und Luxemburgs, die erheblich von der Ausdehnung der administrativen Ausgaben profitieren. Es bleibt dabei, dass die Niederlande, Schweden und Deutschland im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) am stärksten belastet werden. Deutliche Zusatzbelastungen kommen insbesondere auf Frankreich und Italien zu. Und verglichen

mit den Jahren 1999 bis 2003, für die bereits Ist-Zahlen vorliegen, verlieren die bisherigen Kohäsionsstaaten Irland, Spanien, Portugal und Griechenland Netto-transfers zwischen 1,39 und 0,48 Prozent ihres BNE, bleiben aber weiterhin Nettoempfänger.

Deutschland müsste unter den Bedingungen des Kommissionsvorschlags im Jahresdurchschnitt 2007 bis 2013 mit einer Nettobelastung in Höhe von 15,1 Milliarden Euro rechnen. Das entspricht einer jährlichen Mehrbelastung von 5,8 Milliarden Euro gegenüber der jährlichen Durchschnittsbelastung in den Jahren 1999 bis 2003. Die größte absolute Mehrbelastung käme allerdings mit 6,5 Milliarden Euro auf Frankreich zu.

Aus Sicht des Bundes besonders beunruhigend ist die mit diesem Szenario verbundene Bruttobeitragsbelastung, die nach den föderalen Regeln in Deutschland in voller Höhe zu Lasten der Steuereinnahmen des Bundes geht. Im Durchschnitt wären pro Jahr zwischen 2007 und

IN DIESER AUSGABE

Analyse zum Finanzrahmen der EU für die Jahre 2007-2013	1
Führungskompetenz: Wie werden Techniker zu Führungskräften?	2
Internetanwendungen beliebtestes Einsatzgebiet von Open Source-Software	3
Duales System: Berufliche Ausbildungsinhalte veralten schneller	4
ZEW-Konferenz	5
ZEW-intern, Neuerscheinungen, Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

2013 27,6 Milliarden Euro von Berlin nach Brüssel zu überweisen (zu konstanten Preisen). Legt man eine Inflationsrate von zwei Prozent zu Grunde, dann ergeben sich nominale Jahresbeiträge in Höhe von 31,2 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Zwischen 1999 und 2003 hat Deutschland im Durchschnitt Eigenmittel in Höhe von jährlich 19,9 Milliarden Euro aufgebracht. Im ungünstigsten Fall würde die jährliche Beitragslast also in der neuen Finanzierungsperiode gegenüber 1999 bis 2003 um nominal 57 Prozent zulegen.

Allerdings ist am Ende der Finanzverhandlungen nicht mit einer Realisierung der anfänglichen Kommissionsvorschläge zu rechnen. Die Berechnungen zeigen, dass stimmengewichtet eine Mehr-

heit der EU-Staaten bei den Nettosalen davon profitiert, wenn statt des 1,24 Prozent-Budget ein 1,0 Prozent-Budget (oder zumindest ein geringeres Budgetvolumen) Verhandlungsergebnis wäre.

Dass gegenüber der bisherigen Schwerpunktsetzung auf der Ausgaben-seite Umstrukturierungen wünschenswert wären, ist unstrittig. Etwa wäre eine Umschichtung der Agrar- in die Politikfelder der neuen Linie „Wettbewerbsfähigkeit“ unter der Zielsetzung von Lissabon ein folgerichtiger Schritt. Eine gänzlich andere Frage ist allerdings, ob eine solche Veränderung überhaupt unter Verteilungsaspekten mehrheitsfähig wäre.

Abschließend ist auf ein grundlegendes Defizit der Debatte um den Finanz-

rahmen der EU hinzuweisen: Sowohl in den Finanzverhandlungen als auch in der begleitenden wissenschaftlichen Literatur spielt das eigentlich zentrale Kriterium, inwieweit mit den verschiedenen EU-Politikfeldern tatsächlich ein „europäischer Mehrwert“ gegenüber nationaler Aktivität erzielt werden kann, eine viel zu geringe Rolle. Für die Effizienz der Politikallokation im föderalen System der EU und für den Wachstumsbeitrag, den die EU in Zukunft durch ihre Aktivitäten leisten kann, ist aber genau das die eigentlich wichtige Frage.

Die Studie kann im Internet heruntergeladen werden unter: www.cap-lmu.de/publikationen/2005/finanzplanung.php

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Managementkompetenz: Wie werden Techniker zu Führungskräften ?

Mit der Dezentralisierung von Entscheidungen werden in Industrieunternehmen immer mehr Aufgaben und Verantwortung in die Produktion verlegt. Techniker und Meister müssen dann Führungsqualitäten beweisen, wenn sie zu Gruppenleitern befördert werden. Wie schwierig es ist, entsprechende Kompetenzen zu entwickeln, zeigt eine aktuelle Studie des ZEW. Gezielte Personalentwicklung verbessert hier die Leistung.

Die Leiter von Arbeitsgruppen in der Produktion eines Industrieunternehmens nehmen oft eine Schlüsselrolle ein, wenn es um die Leistungsfähigkeit des Unternehmens insgesamt geht. Sie sind dafür verantwortlich, die Vorgaben des Managements umzusetzen und die gewünschten Produkte herzustellen. Dazu muss der Produktions-Manager die Vorgaben an Facharbeiter und andere Mitarbeiter seiner Produktionsabteilung weiter geben und für die korrekte Umsetzung sorgen. Weil immer mehr Aufga-

ben und Kompetenzen in die Werkstatt verlagert werden, haben die Mitarbeiter dort mehr Freiräume, aber auch mehr Verantwortung.

In einer Fallstudie (ZEW Discussion Paper No. 05-13) untersucht das ZEW, inwieweit diese Berufsgruppe ihren Aufgaben gewachsen ist, ob sie die komplexen Anforderungen erfüllt und was getan werden muss, um die notwendigen Qualifikationen zu vermitteln. Dazu hat das ZEW Produktionsmanager befragt, welche Kompetenzdefizite es gibt im Zusammenspiel mit Untergebenen und Vorgesetzten, wie sie von beiden Gruppen anerkannt und akzeptiert werden und welchen Einfluss dies auf die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit hat. Dabei wird auch geprüft, ob und wie die Akzeptanz der eigenen – neuen – Rolle Verhalten und Leistung der Produktionsmanager beeinflusst. Schließlich wird analysiert, welche Auswirkungen gezielte Weiterbildung zur Verbesserung der Führungs-

Die Analysen zeigen, dass es Defizite in den Managementkompetenzen der Produktionsmanager im Vergleich zu ihren technischen Kompetenzen gibt. Die Leistungen sind vor allem dann besser, wenn die Vorgesetzten sie als Manager akzeptieren und unterstützen. Außerdem ist wichtig, dass die Kommunikation und Interaktion mit Untergebenen und Vorgesetzten gut funktioniert. Je zufriedener ein Produktionsmanager mit seiner Stellung ist, desto mehr Führungskompetenzen zeigt er. Somit führt Akzeptanz der eigenen Rolle als Führungskraft zu besseren Ergebnissen.

Die Studie zeigt auch, dass die Qualifizierung der Produktionsmanager, Unterstützung bei der Teambildung und Coaching deutliche Verbesserungen mit sich bringen. Die von ihnen selbst wahrgenommenen Leistungen der Techniker steigen zudem durch die Verbesserungen ihrer Führungskompetenzen.

Christoph Rappe

Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Internetanwendungen beliebtestes Einsatzgebiet von Open Source-Software

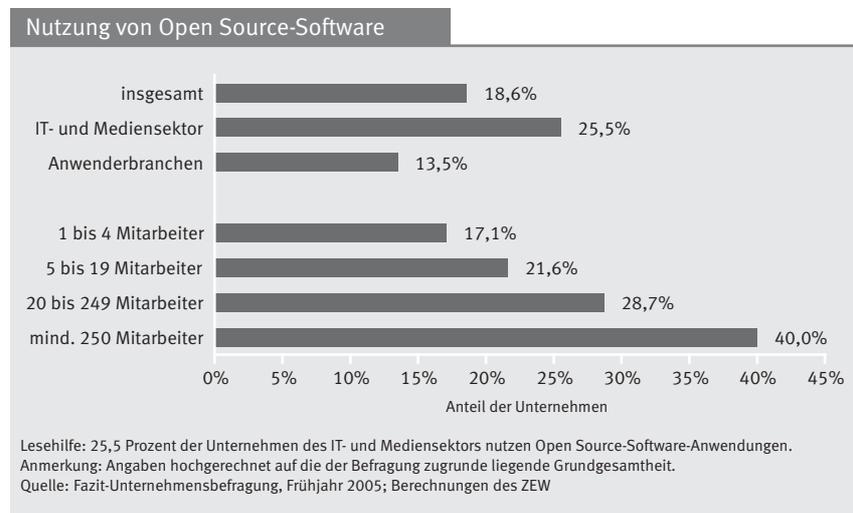
Internetanwendungen wie der Browser Firefox oder der Apache Webserver sind die am weitesten verbreiteten Open Source-Softwareanwendungen in baden-württembergischen Unternehmen. Mehr als 66 Prozent der Unternehmen, die Open Source-Software einsetzen, nutzen diese oder ähnliche Anwendungen. Open Source-Software (OSS) ist Software, die über einen offenen Quellcode verfügt und somit individuell angepasst werden kann, und die beliebig kopiert, verbreitet und genutzt werden darf. An zweiter Stelle liegen mit 50 Prozent Open Source-Serverbetriebssysteme, gefolgt von Bürosoftware, die 35 Prozent der baden-württembergischen Unternehmen nutzen. In den Gebieten Softwareentwicklung (13 Prozent), Multimedia (12 Prozent) und E-Business (7 Prozent) werden OSS-Produkte dagegen selten eingesetzt. Dies zeigt die repräsentative FAZIT-Unternehmensbefragung, die das ZEW im ersten Halbjahr 2005 in Baden-Württemberg durchgeführt hat.

An der Umfrage beteiligten sich rund 600 Unternehmen in Baden-Württemberg. Befragt wurden Unternehmen des IT- und Mediensektors (Software, DV-Dienstleistungen, IT- und Medienhardware, Telekommunikation, Audiovisuelle Medien, Druck und Verlage, Werbung und Marktkommunikation sowie Inhalte-Dienstleister) sowie Unternehmen anderer Branchen, die IT- und Medientechnologien anwenden (Chemie, Maschinenbau, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Automobil, Verkehr, Bank- und Versicherungsgewerbe, Forschung und Entwicklung sowie technische Dienstleister).

Insgesamt 19 Prozent der baden-württembergischen Unternehmen aus dem IT- und Mediensektor sowie aus ausgewählten Anwenderbranchen von IT- und Medientechnologien nutzen OSS. Während allerdings nur etwas weniger

als 14 Prozent der Unternehmen, die den Anwenderbranchen zuzurechnen sind, OSS einsetzen, ist die Verbreitung im IT- und Mediensektor mit fast 26 Prozent wesentlich größer. In fast allen Berei-

Bei OSS haben viele baden-württembergische Unternehmen ein Informationsdefizit. Fast 27 Prozent aller Unternehmen geben an, über das Thema „gar nicht“ informiert zu sein. Bezieht man



chen nutzen die Unternehmen des IT- und Mediensektors OSS stärker als Unternehmen der Anwenderbranchen. Besonders deutlich sind die Unterschiede auf den Gebieten Multimedia, Softwareentwicklung, E-Business und Datenbanken. Eine relativ stärkere Nutzung bei den Anwenderbranchen besteht nur bei Bürosoftware und Desktopbetriebssystemen.

Große Unternehmen setzen häufiger Open Source-Software ein

Auch nach der Unternehmensgröße gibt es deutliche Unterschiede in der Nutzung von OSS. Während nur gut 17 Prozent der Unternehmen mit ein bis vier Beschäftigten OSS einsetzen, liegt der Anteil bei den großen Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten bei 40 Prozent. Bei kleinen Firmen ist Bürosoftware besonders beliebt, in Großunternehmen kommen Serverbetriebssysteme und Datenbanken häufiger zum Einsatz.

zusätzlich die Unternehmen ein, die sich „eher schlecht“ beziehungsweise „schlecht“ über OSS informiert fühlen, ergibt sich ein Wert von fast 77 Prozent. Im IT- und Mediensektor ist der Anteil der Unternehmen, die über OSS nicht informiert sind, mit 16 Prozent erwartungsgemäß deutlich geringer als bei den Unternehmen der Anwenderbranchen (35 Prozent). Besonders bei Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern besteht ein Informationsbedarf. So liegt bei kleinen Unternehmen der Anteil der Nicht-Informierten bei überdurchschnittlichen 29 Prozent, während lediglich 4 Prozent der Großunternehmen gar nicht über OSS informiert sind.

Das „Forschungsprojekt für aktuelle und zukunftsorientierte IT und Medientechnologien und deren Nutzung in Baden-Württemberg“ (FAZIT) ist ein vom Land Baden-Württemberg gefördertes gemeinnütziges Forschungsprojekt (www.fazit-forschung.de).

Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

Duales System: Berufliche Ausbildungsinhalte veralten schneller

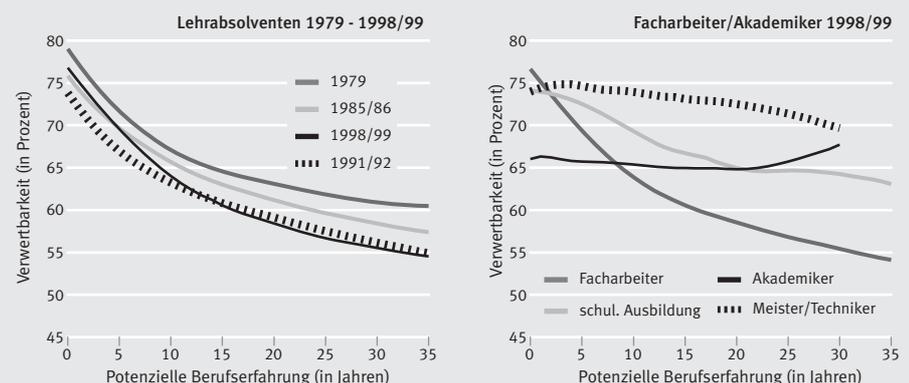
Für rund zwei Drittel der Erwerbstätigen stellt der Facharbeiter- oder Gesellenbrief die höchste berufliche Qualifikation dar. Im Zeitalter der Informatisierung und Akademisierung der Arbeitswelt wandeln sich berufliche und betriebliche Anforderungsprofile jedoch immer schneller. Spezifische Fertigkeiten können in immer geringerem Maße tatsächlich am Arbeitsplatz eingesetzt werden, während allgemeine (Schlüssel-) Kompetenzen wichtiger werden. Dies zeigt eine neue ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 05-36), in der erstmals Abschreibungsrate allgemeiner und beruflicher Bildungsinhalte für den Zeitraum 1979 bis 1999 ermittelt werden.

Die Analyse stützt sich auf repräsentative Erhebungen unter Erwerbstätigen, die Informationen zu deren aktueller Tätigkeit sowie zu allgemeinen und beruflichen Ausbildungsinhalten enthalten. Die Abschreibungsrate beruhen auf subjektiven Angaben der Erwerbstätigen zur Verwertbarkeit ihrer Ausbildungsinhalte in der aktuellen Tätigkeit.

Anhand von ökonometrischen Modellen werden die Abschreibungsrate für allgemeine und berufliche Ausbildungsinhalte quantifiziert. Die Ausbildungsinhalte der Lehre erfahren im Arbeitsleben eine im statistischen Sinne nachweisbare Abschreibung, die zwischen 1979 und 1999 zugenommen hat. Für die allgemeinen Ausbildungsinhalte von Hochschulabsolventen bleibt die Verwertbarkeit dagegen konstant.

Die Abbildung veranschaulicht diesen Zusammenhang zwischen Berufserfahrung und Verwertbarkeit. Der Anteil verwertbarer Fertigkeiten sinkt von fast 80 Prozent zu Beginn des Erwerbslebens auf weniger als 60 Prozent nach 35 Jahren. 1998/99 scheint die Verwertbarkeit als Funktion der Berufserfahrung einer nochmals höheren Abschreibung zu unterliegen, insbesondere in den ersten

Abschreibung allgemeiner und beruflicher Ausbildungsinhalte



Quelle: BIBB/IAB-Daten 1979, 1986/86, 1991/92 und 1998/99. Nicht-parametrische Schätzung der subjektiven Verwertbarkeit (= Prozentualer Anteil verwertbarer Fertigkeiten und Kenntnisse, die in der Ausbildung erworben wurden) in Abhängigkeit der potenziellen Berufserfahrung (= Jahr der Erhebung - Jahr des erfolgreichen Abschlusses).

zehn Jahren nach dem Berufseinstieg. Im Vergleich zu Lehrabsolventen nimmt die Verwertbarkeit für Absolventen einer schulischen Ausbildung deutlich weniger stark ab, für Meister und Techniker ebenfalls kaum und für Akademiker offenbar überhaupt nicht.

Bedeutung beruflicher Ausbildungsinhalte nimmt ab

In quantitativer Hinsicht hatte die Abschreibungsrate der beruflichen Ausbildungsinhalte zwar auch gegen Ende des Beobachtungszeitraums keine bedrohlichen Ausmaße erreicht. So liegt die geschätzte Abschreibung 1999 mit jährlich 0,43 Prozent deutlich unter den Werten, die von anderen Autoren für physisches Kapital (5,9 Prozent) oder für Investitionen in Forschung und Entwicklung (12 Prozent) ermittelt wurden. Bildungspolitisch bedenklich erscheint allerdings die Verdreifachung der Abschreibungsrate zwischen 1979 und 1999.

Die Untersuchung basiert auf subjektiven Angaben, die über die Zeit verglichen werden. Individuelle Fähigkeit und Motivation konnten nur insoweit berücksichtigt werden, wie sie in den Daten erfasst sind. Aus wissenschaftlicher Sicht

sind subjektive Einschätzungen, wenngleich in Umfragen vielfach verwendet, nicht unumstritten. Es ist möglicherweise noch zu wenig darüber bekannt, wie verlässlich solche Einschätzungen sind.

Immerhin konnte in dieser Studie ein negativer Zusammenhang zwischen der (subjektiven) Beurteilung der Verwertbarkeit des Ausbildungskapitals und dem (objektiven) Arbeitsverdienst aufgezeigt werden. Eine geringere Einschätzung der Güte der früheren Ausbildung scheint demnach einen geringeren Verdienst zu bedingen. Künftige Forschungsarbeiten sollten den Zusammenhang zwischen tatsächlichen Ausbildungsinhalten und dem späteren Arbeitsverdienst analysieren.

In der Summe verdeutlichen die Untersuchungsergebnisse des ZEW, dass die Inhalte einer Berufsausbildung wichtig für das spätere Erwerbsleben sind. Das Duale System der Berufsausbildung unter Beteiligung staatlicher und privater Akteure hat jedoch möglicherweise noch zu wenige befriedigende Antworten auf den technologisch und bildungspolitisch induzierten Wandel der Arbeitswelt seit den 1970er Jahren gefunden.

Volker Ludwig, Universität Mannheim
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

ZEW-KONFERENZ

Die Ökonomie von Informations- und Kommunikationstechnologien

Bereits zum fünften Mal richtete das ZEW in diesem Jahr eine Konferenz zum Thema „The Economics of Information and Communication Technologies“ aus. Am 1. und 2. Juli 2005 trafen sich mehr als 50 anerkannte Wissenschaftler aus Deutschland, anderen europäischen Ländern und Nordamerika in Mannheim, um aktuelle Forschungsergebnisse zu den ökonomischen Aspekten von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) vorzustellen und zu diskutieren. Die Konferenz wurde von der Landesstiftung Baden-Württemberg und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert.

Marken- und preisbezogene Werbung auf Online-Märkten

Michael Baye (Indiana University, USA) eröffnete die Konferenz mit einem Einführungsvortrag über marken- und preisbezogene Werbung auf Online-Märkten. In dem von ihm vorgestellten Modell hat markenbezogene Werbung den Zweck, die Kundenloyalität zu erhöhen. Preisbezogene Werbung hingegen zielt auf preisbewusste Konsumenten ab, die die Produkte als identisch betrachten und Händlerunterschiede vernachlässigen. Die Differenzierung zwischen den Händlern führt dazu, dass auch im Internet für ansonsten identische Produkte unterschiedliche Preise verlangt werden. Baye betonte, dass aus individueller Sicht jeder Internethändler einen Anreiz hat, Markenbildung zu betreiben. Die aggregierten Auswirkungen der Markenbildungsstrategien seien jedoch verringerte Gewinne auf Seiten der Unternehmen aufgrund der Kosten der Markenpflege sowie ein höheres Preisniveau. Gleichzeitig vermindere Markenbildung den ökonomischen Nutzen von Preisvergleichswebsites sowie die Gewinne von deren Betreibern. Baye präsentierte zugleich empirische Belege,

die unter Verwendung von Preis- und Werbedaten für Produkte aus dem Segment der Unterhaltungselektronik gewonnen wurden und die vorhergesagten Zusammenhänge stützen.

Breites Themenspektrum

Während der folgenden beiden Tage wurden 26 weitere Beiträge vorgestellt. Darunter befanden sich sowohl theoretische als auch empirische Untersuchungen. Die breite Themenpalette umfasste

Unternehmensproduktivität und Wirtschaftswachstum diskutiert. Beachtung fand ebenfalls die Frage nach den Auswirkungen der IKT-Nutzung auf die Arbeitsnachfrage sowie den Arbeitsmarkt insgesamt. Weitere Vorträge beschäftigten sich mit der Struktur von Netzwerken sowie dem Wettbewerb auf Telekommunikationsmärkten.

Auch die diesjährige Konferenz konnte nicht ohne die Vorarbeit des wissenschaftlichen Komitees gelingen, das aus mehr als 60 eingereichten Beiträgen die



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der fünften IKT-Konferenz des ZEW

Beiträge mit mikroökonomischer Perspektive genauso wie auch Analysen makroökonomischer Effekte der Verbreitung von IKT. Viele Vorträge beschäftigten sich mit den verschiedensten Aspekten von Online-Märkten. Beispiele hierfür sind Beiträge zur Bedeutung von Reputation für die Preisbildung oder der Preisfindung bei Internet-Auktionen. In anderen Vorträgen stand die Frage nach der optimalen Größe von Business-to-Business-Marktplätzen oder dem Wettbewerb auf Märkten für digitalisierbare Produkte wie Software, Musik oder Printmedien im Vordergrund. Des Weiteren wurden die Determinanten der Nutzung von IKT sowie deren Auswirkung auf

im Programm berücksichtigten Vorträge ausgewählt hatte. Es setzte sich zusammen aus Ernst R. Berndt (MIT Sloan School of Management, USA), Karen B. Clay (Carnegie Mellon University, USA), Francis Kramarz (CREST-INSEE, Frankreich), Georg Licht (ZEW), Konrad Stahl (Universität Mannheim), Manuel Trajtenberg (Tel Aviv University, Israel) sowie Julian Wright (National University of Singapore, Singapur). Anstelle der Konferenz wird im Herbst 2006 ein Workshop zum gleichen Themenkomplex stattfinden.

Programm sowie Beiträge der diesjährigen Konferenz sind im Internet unter www.zew.de/ikt-konferenz zu finden.

Julia Häring, haering@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 29./30.9.2005 Der sichere Auftritt – Präsentationen professionell gestalten
 6.10.2005 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung –
 Kompetenzreihe für den Mittelstand
 10.10.2005 Basistechniken I – Regressionsanalyse
 11.10.2005 Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
 14./15.11.2005 Presenting in English
 16.11.2005 Plan- und Berichtswesen – Ein pragmatischer Ansatz
 für kleine und mittlere Unternehmen
 17.11.2005 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
 22.11.2005 Deutschland ein Hochsteuerland für Unternehmen?
 Die Steuerlast von deutschen Unternehmen im internationalen
 Vergleich
 22./23.11.2005 Modernes Bond-Portfoliomanagement
 23.11.2005 Outsourcing im Personalbereich
 24.11.2005 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung –
 Kompetenzreihe für den Mittelstand
 7.12.2005 Bilanzpolitik in mittelständischen Unternehmen

Den neuen Seminarkatalog für September 2005 bis Juli 2006 können Sie im Internet herunterladen: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/seminare/seminare.pdf>

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
 → Expertenseminare

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 05-53, Wolfgang Sofka: Global Idea Sourcing – An Empirical Investigation into the Mechanisms Behind the Usage of Foreign Business Sources for Innovation.

No. 05-54, Dirk Engel, Oliver Heneric: Stimuliert der BioRegio-Wettbewerb die Bildung von Biotechnologieclustern in Deutschland? – Ergebnisse einer ökonomischen Analyse.

No. 05-55, Elisabeth Müller: Benefits of Control, Capital Structure and Company Growth.

No. 05-56, Théophile Azomahou, Phu Nguyen Van, Francois Laisney: Economic Development and CO2 Emissions: A Nonparametric Panel Approach.

No. 05-57, Thomas Hempell, Thomas Zwick: Technology Use, Organisational Flexibility and Innovation: Evidence for Germany.

No. 05-59, Volker Kleff, Martin Weber: Payout Policy and Owners' Interest – Evidence from German Savings Banks.

ZEW INTERN

Preis für Dr. Anne Schäfer

Für ihre Dissertation über internationale Unternehmensbesteuerung im IKT-Zeitalter erhielt Dr. Anne Schäfer, ehemalige Mitarbeiterin der ZEW-Forschungsgruppe



„Informations- und Kommunikationstechnologien“, den mit 1.500 Euro dotierten Förderpreis der Nürnberger Steuergespräche e.V.

Die von Prof. Dr. Dr. h.c. mult Otto H. Jacobs (Universität Mannheim) betreute und am ZEW abgeschlossene Arbeit

untersucht, wie sich die Unternehmens- und Marktstrukturen durch den Einsatz von IKT verändern und inwieweit das System der internationalen Unternehmensbesteuerung noch sinnvoll auf diese veränderten Strukturen anwendbar ist. Darauf aufbauend werden adäquate Reformmaßnahmen für die internationale Unternehmensbesteuerung entwickelt, wie etwa die Reform der Betriebsstätten-Definition oder der internationalen Gewinnaufteilung zwischen verschiedenen Unternehmensteilen.

Preis für Dr. Thorsten Stetter

Für seine Dissertation über internationale Steuerbelastungsvergleiche erhielt Dr. Thorsten Stetter, ehemaliger Mitarbeiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft“, den mit 1.500 Euro dotierten Preis der Ernst & Young Stiftung e.V.

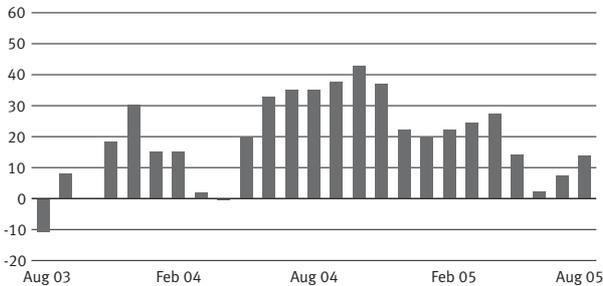
Die von Prof. Dr. Dr. h.c. mult Otto H. Jacobs (Universität Mannheim) betreute



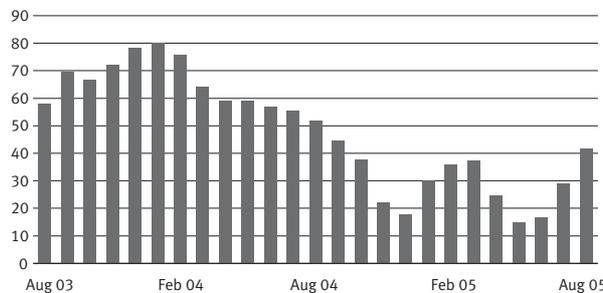
und am ZEW abgeschlossene Arbeit entwickelt, basierend auf einem Metamodell, eine Konzeption zur Abbildung von Steuersystemen für computergestützte Steuerbelastungsvergleiche. Anhand vorgefertigter adaptierbarer Bausteine können Benutzer flexibel nahezu beliebige Steuersysteme zusammensetzen. In der Arbeit werden zudem eine informationstechnische Umsetzung des Metamodells dargestellt und die Leistungsfähigkeit anhand eines exemplarischen Steuerbelastungsvergleichs dokumentiert.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im August



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Vorerst kein Handlungsbedarf

Lediglich 17 Prozent der Experten erwarten, dass die EZB in den nächsten sechs Monaten die Leitzinsen anhebt. Der geringe Prozentsatz überrascht, da die Inflationsrate im Euroland den angestrebten Zielkorridor bereits im Juni überschritten hat und jeder dritte Experte mit einer Beschleunigung der Inflation rechnet. Die Inflation ist jedoch durch den hohen Ölpreis nach oben verzerrt. Daher ist es angesichts der wirtschaftlichen Lage im Euroraum unwahrscheinlich, dass der hohe Ölpreis zu höheren Lohnforderungen und somit zu einer Lohn-Preis-Spirale führt.

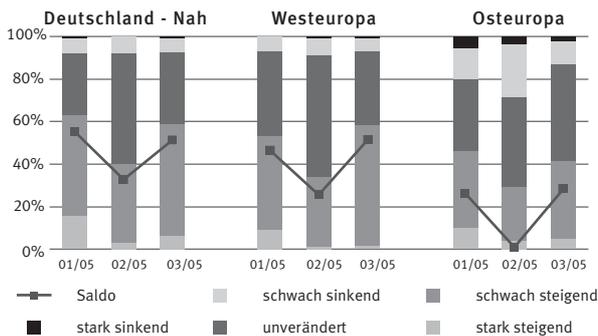
Volker Kleff, kleff@zew.de

Analysten erwarten weitere Konjunkturbelebung

Die ZEW Konjunkturerwartungen für den Euroraum steigen im August wie auch schon im Vormonat deutlich. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt nun bei +41,6 Punkten nach +29,0 Punkten im Juli. Die Experten erwarten, dass sich die Konjunktur im Euroraum dank der freundlichen Entwicklung der Auftragsentwicklung in der Industrie auf Sicht der nächsten sechs Monate weiter beleben wird. Der hohe Ölpreis wird hingegen die weitere Konjunkturerholung nicht verhindern können.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Aktuelle Mineralölpreise spiegeln sich in den Preiserwartungen wider

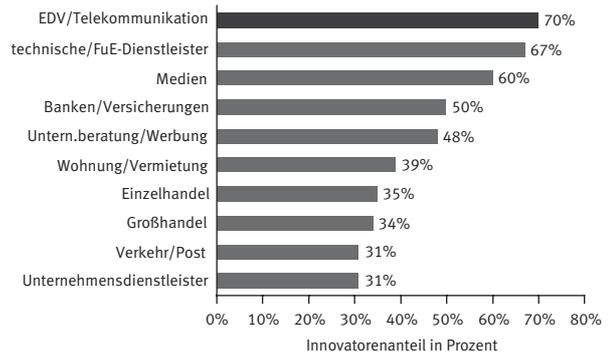


Quelle: ZEW

Im dritten Quartal rechnen wieder mehr Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW im Straßengüterverkehr mit steigenden Preisen, nachdem die Preissteigerungserwartungen im vergangenen Quartal nach der vollzogenen Einführung der Lkw-Maut geringer waren. Die Ursache hierfür dürften die hohen Mineralölkosten sein. Außer in Richtung Osteuropa gehen die Experten in allen Teilmärkten mehrheitlich von um 1 bis 3 Prozent steigenden Preisen aus. In Osteuropa hingegen erwarten 45,5 Prozent der Experten gleich bleibende Preise, und 13,1 Prozent rechnen sogar mit sinkenden Preisen.

Dr. Jörg Breitscheidel, breitscheidel@zew.de

EDV- und Telekommunikationsbranche beim Innovatorenanteil Spitze



Quelle: ZEW

Die EDV- und Telekommunikationsbranche liegt mit einem Innovatorenanteil von 70 Prozent im Jahr 2003 auf dem ersten Platz unter allen Dienstleistungsbranchen. Die Technikorientierung und die im Vergleich zu anderen Branchen weiterhin recht hohe wirtschaftliche Dynamik sind sicherlich ein Grund für den hohen Anteil innovativer Unternehmen. Gerade für kleine Softwareunternehmen ist es notwendig, sich durch neue Produkt- und Dienstleistungsangebote am Markt zu behaupten. Den zweithöchsten Innovatorenanteil bei den Dienstleistungsbranchen weisen die technischen und FuE-Dienstleister auf.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Mitbestimmung

Nicht erst seit den erst teilweise ans Licht gekommenen skandalösen Vorgängen um die besondere und aufwändige „Betreuung“ von Betriebsratsmitgliedern bei der Volkswagen AG – in der Presse ist sogar von Korruption die Rede – steht das hiesige Modell der in diesem Zusammenhang betrieblichen Mitbestimmung unter starkem Druck. Dasselbe gilt für die unternehmerische Mitbestimmung, also die Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat, bei der in einem besonders krassen Fall eines Fehlverhaltens der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende eines Großunternehmens in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftsführer zu Warnstreiks indirekt auch gegen „sein“ Unternehmen aufrief. Des Weiteren sind Berichte über Interessenkollisionen, sachfremde Koppelgeschäfte und „kooperative Absprachen“ zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats, Vorstands und Betriebsrats Legion. So etwa, wenn sich der Vorstandsvorsitzende eines Konzerns seine vorzeitige Vertragsverlängerung, wozu auch die Zustimmung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat erforderlich war, dem Vernehmen nach dadurch erkaufte, dass er sich in gleichzeitig laufenden Tarifverhandlungen für großzügige Erhöhungen der Arbeitnehmerentgelte einsetzte.

Diese und andere grobe Missstände könnten noch als Fehler im System angesehen werden, jedoch deutet die neuere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs darauf hin, dass sich möglicherweise das System zum Fehler entwickeln könnte. Unternehmen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) wirksam gegründet worden sind, dürfen demnach ihren Sitz innerhalb der EU rechtsformwährend verlegen. Vereinfacht ausgedrückt, kann sich eine in einem EU-Mitgliedstaat (mit geringen oder fehlenden Rechtsvorschriften über die Mitbestimmung) gegründete Gesellschaft, die ihren tatsächlichen Verwaltungssitz etwa nach Deutschland verlegt, der hiesigen unternehmerischen Mitbestimmung entziehen.

Damit steht dem Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Rechtsinstitutionen der Unternehmensmitbestimmung wenig entgegen, eine für Ökonomen höchst wünschenswerte Ent-

wicklung. Dann sollte aber ebenso die von der genannten Rechtsprechung nicht betroffene betriebliche Mitbestimmung auf den Prüfstand. Sie verursacht erhebliche Kosten, nämlich allein für die Betriebsratsstätigkeit jährlich rund 338 Euro je Beschäftigten im Jahre 2004, wie neuere Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigen.

Bei den allfälligen Reformen muss es nicht um die simple Abschaffung der Mitbestimmung allgemein gehen, sondern um mehr Vertragsfreiheit und Kostensenkung. Angesichts bekannter Fehlentwicklungen und beachtlicher Kosten einerseits und unsicherer Erträge andererseits sollte es der individuellen Vertragsfreiheit überlassen bleiben, in welchem Umfang sich der unternehmerischen und betrieblichen Mitbestimmung bedient werden soll. Bei der Unternehmensmitbestimmung sollte die Hauptversammlung entscheiden, ob und in welcher Form der Aufsichtsrat mitbestimmt wird. Inwieweit er dann gegebenenfalls Gewerkschaftsfunktionäre bestellt, ist seine Sache. Bei der betrieblichen Mitbestimmung sollte es prinzipiell einen erzwingbaren Betriebsrat geben, sofern mindestens ein Drittel, besser: die Hälfte, der Beschäftigten dafür votiert. Über dessen Rechte müssen sich die Vertragsparteien auf der betrieblichen Ebene verständigen, andernfalls kommt eine gesetzliche Aufanglösung in Form eines deutlich verschlankten Betriebsverfassungsgesetzes zum Zuge.

Leitgedanken müssen dabei eine Konzentration der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats auf zentrale soziale Angelegenheiten, eine deutliche Entbürokratisierung und eine Kostensenkung sein. Die angemahnte Kostenentlastung umfasst erstens eine markante Heraufsetzung von Schwellwerten, ab deren Erreichen Betriebsratsmitglieder von ihrer beruflichen Stellung freizustellen sind. Zweitens werden die Kosten des Betriebsrats wie in Österreich gänzlich oder zumindest hälftig auf die Arbeitnehmer umgelegt und direkt vom Arbeitsentgelt einbehalten.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005